

„ARM MÖCHTE ICH NICHT SEIN – NICHT FÜR VIEL GELD“

(Zitat: Johann Nepomuk Nestroy)

| | |
|--|----|
| 1. Armut – das Spiel mit der Angst | 50 |
| 2. Armut auch in Österreich..... | 51 |
| 3. Armut kostet Leben | 54 |
| 4. Armut trotz Sozialstaat | 55 |
| 5. Bedarfsorientierte Grundsicherung als Herausforderung für den modernen Sozialstaat..... | 59 |

Auszug aus WISO 4/2005

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@akooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Dagmar Andree

**Mitarbeiterin der
Abteilung Sozialpolitik
der Kammer für
Arbeiter und
Angestellte für
Oberösterreich**

*Wir werden
reicher und
ärmer
gleichzeitig*

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Würden wir den jährlich erwirtschafteten Reichtum gerecht verteilen, bestünde tatsächlich die „Gefahr“, dass niemand mehr arm sein müsste. Gewinne steigen, Löhne fallen. Wir werden reicher und ärmer gleichzeitig. Ein Trend, der durch den neuesten Bericht über die soziale Lage 2003/2004 des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz auch bestätigt wurde, wird hinter Kampagnen, Hochglanzbroschüren und Schuldzuweisungen versteckt. Slogans wie „Geht's der Wirtschaft gut – geht's uns allen gut“, Hochglanzkampagnen für das Kinderbetreuungsgeld, das weit unter jeglicher Existenzsicherung liegt, und Diskussionen über angebliche soziale Hängematten sind mindestens so absurd wie der Ausspruch von Johannes Nepomuk Nestroy. Armut ist Realität in Österreich, Armut hat Funktion in unserem System, Armut ist das Gegenteil von Reichtum und Armut ist vermeidbar – wenn wir nur wollen!

1. Armut – das Spiel mit der Angst

*„Ungleichheit
ist nicht
bedauerlich,
sondern höchst
erfreulich“*

Friedrich August von Hayek, österreichischer Ökonom und Verfechter des freien Marktes und der Globalisierung, bringt es mit seiner Aussage „Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich“¹ auf den Punkt und verdeutlicht, warum Armut in unserem kapitalistischen System Sinn macht. Hinter dieser Ideologie des totalen Marktes steht die These, dass in einer globalisierten Welt grundsätzlich jeder die Chance hat zu überleben oder sogar reich zu werden. Liberalisierung schaffe für alle den Zugang zu Wohlstand und nur bei völliger Privatisierung von Staatseigentum hat jeder den gleichen Zugang zum Wettbewerb und kann daher grundsätzlich gleichberechtigt mit allen anderen konkurrieren. Diese Ideologie beinhaltet aber gleichzeitig die Logik, dass all jene, die es nicht schaffen, selber schuld an ihrem Versagen sind. Diese ständige Angst, zu diesen „Versagern“ zu zählen, zwingt die Menschen sich unterzuordnen, sich anzupassen und zu EinzelkämpferInnen zu werden. Ein Sozialsystem, das

nur ein Mindestmaß an Versorgungsleistung anbietet und im Bedarfsfall die Armut des „Versagers“ sichtbar macht, schwächt gewerkschaftliche Bewegungen, verhindert solidarische Ambitionen und schafft ein Klima der Unsicherheit. „Das Konzept der Ich-AG funktioniert nur dann, wenn der Abgrund sichtbar ist.“² Die Angst, zum „Sozialfall“ zu werden, lässt Menschen unbezahlte Überstunden machen, lässt kranke Menschen trotzdem zur Arbeit gehen, lässt Privatinsolvenzen boomen und macht Armut stumm. Tendenzen dieser Ideologie sind auch in Österreich spürbar. Gnade statt Recht widerspiegelt sich in Unterstützungsfonds statt Rechtsansprüchen, Spendenaufrufen statt sicherer Leistungen und Hochloben des Ehrenamtes statt vollversicherter und existenzsichernder Dienstverhältnisse im Pflegebereich.

2. Armut auch in Österreich

Innerhalb der EU werden Armut und Armutsgefährdung über das Einkommen definiert. Dieser Armutsbegriff erfasst keine weiteren armutsgefährdenden Risikofaktoren. Diese Erhebungsmethode macht es aber möglich, EU-Länder untereinander zu vergleichen. Die Erhebungsmethode EU-SILC (Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen) wird europaweit durchgeführt und ist die zentrale Grundlage zur Erhebung der vom Europäischen Rat verabschiedeten Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Diese Indikatoren sollen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission Grundlagen liefern, die Fortschritte bei der Erreichung des vom Europäischen Rat von Lissabon gesteckten Zieles zu messen, bis 2010 bei der Bekämpfung von Armut deutlich weiterzukommen und das Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung im europäischen Rahmen zu verbessern.

*Definition für
Armut*

Gemäß dieser Erhebung gelten Menschen, die mit weniger als 60 % des Medianeinkommens im jeweiligen Land auskommen müssen, als armutsgefährdet. Dieser Wert liegt in Österreich

*13,2 % der
Österreicher
armutsgefährdet*

bei 785 Euro monatlich pro Person bei 12-maligem Bezug (bei weiteren Haushaltmitgliedern kommt es dann zu einer Gewichtung für die einzelnen Personen). In Österreich galten 2003 laut Sozialbericht 13,2 % der in Österreich lebenden Menschen als armutsgefährdet. Mehr Frauen als Männer sind von dieser Armutsgefährdung betroffen, 473.000 Männer (12,3 %), aber 571.000 Frauen (14 %). Gegliedert nach Altersgruppen haben jüngere und ältere Personen ein höheres Armutsrisiko. So gelten 14,7 % der Kinder und Jugendlichen bis 19 Jahre als armutsgefährdet, 16,4 % der SeniorInnen über 65, hingegen Erwachsene zwischen 20 und 64 zu 11,8 %.

Diese Armutsgefährdungsschwelle wird als kritischer Wert herangezogen. Bei diesem Wert wird angenommen, dass auch bereits minimale negative Veränderungen dramatische Folgen nach sich ziehen können.

Diese Form der Messung beinhaltet noch keine Bewertung der Integration von Menschen in die Gesellschaft, bewertet nicht die Teilhabechancen beispielsweise an Bildung, am Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder am Gesundheitssystem. Dieser Wert verdeutlicht aber, dass es viele Menschen – nämlich insgesamt über eine Million in Österreich – gibt, die mit einem sehr geringen Einkommen auskommen müssen und ständig der Gefahr ausgesetzt sind, wichtige Anschaffungen nicht tätigen zu können, steigende Energiekosten nicht mehr bewältigen zu können oder die Wohnung bei steigenden Betriebskosten nicht mehr bezahlen zu können.

| | |
|----------------------------------|--------|
| Armutsgefährdungsquote insgesamt | 13,2 % |
| Langzeitarbeitslose * | 36 % |
| „alleinerziehende“ Haushalte | 31 % |
| MigrantInnen | 27 % |
| Behinderte – ohne Pflegegeld | 20 % |
| unregelmäßig Beschäftigte** | 17 % |
| Familien mit 3 oder mehr Kindern | 18 % |

* ab 12 Monate

** weniger als 12 Monate, Werkvertrag, freie DN

Quelle: Bericht über die soziale Lage 2003–2004, Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

Erwerbsarbeit ist ein wirksamer Schutz vor Einkommensarmut, allerdings ist auch hier zwischen den einzelnen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zu unterscheiden, da hier die Chancen ebenfalls sehr unterschiedlich sind. HilfsarbeiterInnen sind mit einer Armutsgefährdungsquote von 12 % deutlich mehr von Armut bedroht als Menschen in einer hochqualifizierten Tätigkeit mit einer Quote von 3 %.

Wenn zusätzlich zum sehr geringen Einkommen Faktoren wie Substandardwohnung, Zahlungsrückstände bei Mieten, Krediten kommen, wenn Ausgaben für Heizung, Urlaub, neue Kleider, nicht einmal im Monat jemanden zu sich zum Essen einladen zu können oder sonstige unerwartete Ausgaben nicht mehr leistbar sind, so wird von akuter Armut gesprochen. Betroffen von dieser akuten Armut sind 467.000 Menschen in Österreich, das sind 5,9 % der Bevölkerung. Bei 5,9 % der Bevölkerung zeichnet sich aufgrund des niedrigen Einkommens und der mangelnden Teilhabe in anderen Lebensbereichen eine verfestigte Armutslage ab. Umso länger Einkommensarmut besteht, desto eher kommt es zur sozialen Ausgrenzung und desto schwieriger wird es für die Haushalte und die Menschen, einen Lebensstandard, der in unserer Gesellschaft als grundlegend erachtet wird, aufrechtzuerhalten.

5,9 % von akuter Armut betroffen

3. Armut kostet Leben

*ungleiche
Lebenserwartung*

An der Gesellschaft nicht teilhaben zu können kann auch eingeschränkter Zugang zu Gesundheitsleistungen bedeuten. Arme Menschen sind einer nachweislich höheren Belastung am Arbeitsplatz ausgesetzt (körperlich anstrengendere und verschleißende Arbeitsbedingungen, krank machende Substanzen, Arbeiten im Freien bei jedem Wetter etc.), oftmals in einem unsicheren Arbeitsverhältnis, sind häufiger arbeitslos, wohnen schlechter (Schimmelbefall, Lärm, wenig Platz für Rückzug etc.) und haben schlechtere Erholungsmöglichkeiten. So wurde beispielsweise in einer französischen Studie festgestellt, dass ein 35 Jahre alter Professor eine Lebenserwartung von noch weiteren 43,2 Jahren hat. Ein ungelerner Arbeiter hingegen hat mit 35 bereits ein halbes Leben verbracht. Ihm bleiben statistisch nur noch 34,3 Jahre.³

Auch in Österreich nutzen beispielsweise Frauen mit geringer Bildung und schlechterer beruflicher Position seltener Angebote zur Gesundheitsvorsorge, geben ein schlechteres psychisches und physisches Wohlbefinden an und sind deutlich mehr von gesundheitlichen Belastungen betroffen.⁴

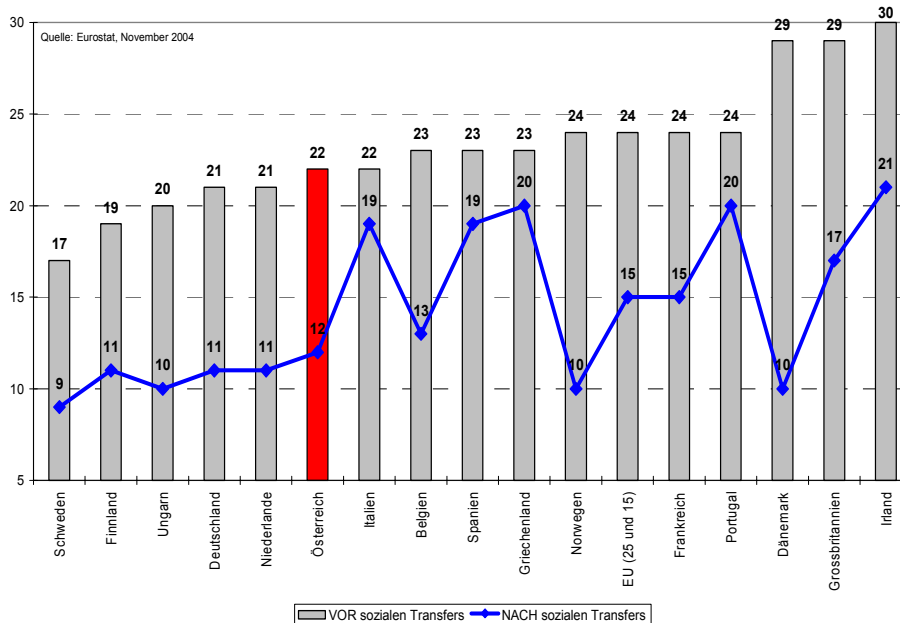
Ein wichtiger Faktor für den Gesundheitszustand ist auch die Schul- und Berufsausbildung. Personen mit Pflichtschulabschluss haben nicht nur eine geringere Lebenserwartung als Personen mit Universitätsabschluss, sie haben im Alter auch weniger Jahre in Gesundheit zu erwarten.⁵ Gesundheitsprävention hieße also Menschen sozial abzusichern, gleiche Möglichkeiten zu Bildung und Weiterbildung zu schaffen und Gesundheit nicht zur Geldsache zu machen. Selbstbehalte, Zuzahlungspflichten und sonstige Zugangsbarrieren belasten vor allem diese Gruppe.

4. Armut trotz Sozialstaat

Sozialstaat ist Umverteilung. Staatliche Sozialleistungen können Umfang und Intensität des Armutsrisikos deutlich abschwächen. Beinahe jeder vierte in Österreich lebende Mensch wäre ohne Sozialtransfers armutsgefährdet. Neben monetären Leistungen schafft ein Sozialstaat auch Zugang zu Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Kultur, Pflege und Wohnen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass sozialstaatliche Politik eine große Rolle in der Armutsbekämpfung spielt. Die nachstehende Grafik zeigt, dass vor allem in gut ausgebauten Sozialstaaten die Armutsgefährdungsquote durch gezielte sozialstaatliche Unterstützungen massiv reduziert werden kann.

*ohne
Sozialtransfers
fast jede/-er
Vierte
armutsgefährdet*

Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialtransfers (nach Erhalt der Pensionen)



*Sozialstaat und
Wirtschafts-
leistung*

Sozialstaaten müssen sich ständig neuen Herausforderungen stellen. Veränderungen in der Arbeitswelt, im Gesundheitswesen oder in der Altersstruktur der Gesellschaft stellen immer neue Aufgaben für Sozialstaaten dar. Wird nicht entsprechend reagiert, sondern werden Lücken bewusst zugelassen, so bietet der Sozialstaat immer weniger Sicherheit vor Armutsrisiken. Sozialausgaben sind jedoch nicht nur Kosten, Sozialausgaben bringen auch große Einsparungen. So sind z.B. viel weniger Ausgaben für die öffentliche Sicherheit notwendig. Sind in Europa pro 100.000 Einwohner 65 Menschen in Haft, so kommen in den USA auf 100.000 Einwohner bereits 469 inhaftierte Menschen.

Sozialstaaten sind auch nicht schlecht für die Wirtschaft. Unter den zehn reichsten Ländern der Welt liegen fast ausschließlich solche, die mit den Sozialausgaben über dem EU-Durchschnitt liegen. Von daher wäre der Spruch „Geht`s dem Sozialstaat gut, geht`s uns allen gut“ wohl ein viel treffenderer.

Trotzdem muss ein kritischer Blick auch auf den österreichischen Sozialstaat geworfen werden und eine über 13%ige Armutsgefährdungsquote ist eine Quote, die in dieser Form nicht akzeptiert werden kann.

Österreich verfügt – trotz des Sozialabbaus der letzten Jahre, der schon große Lücken hinterlassen hat (z.B. Alterssicherung) – über ein relativ dichtes Netz an sozialer Sicherheit. Eines der wichtigsten Gesetze für diese soziale Sicherheit feiert heuer seinen 50. Geburtstag, das ASVG. Dieses Gesetz bietet im Falle der Krankheit, des Unfalls und des Alters eine wichtige Absicherung. Trotzdem kennt dieses System beinahe keine grundsichernden Elemente. Die Leistungen sind teilweise zu gering und tragen daher manchmal zu wenig zur Armutsbekämpfung bei.

Werte oft unter der Armutsgrenze

Langzeitarbeitslosigkeit zählt zu den größten Armutsrisiken. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld 2004 für eine über 45-

jährige Frau liegt bei monatlich 645,60 Euro, also weit unter dem Schwellenwert für die Armutsgefährdung von 785 Euro. Dramatischer wird die Situation bei Bezug der Notstandshilfe: Die durchschnittliche Notstandshilfe bei über 45-jährigen Frauen liegt bei 505,80 Euro, bei Männern bei 650,70 Euro. Der Kaufkraftverlust im Zeitraum 2000 bis 2004 infolge der Inflation betrug 8,1 %. Im Vergleich dazu wuchs die Notstandshilfe in diesem Zeitraum für über 45-jährige Frauen lediglich um 4,79 %. Bei unter 25-jährigen Frauen kam es sogar zu einer Reduktion der durchschnittlichen Notstandshilfe um 0,69 %.⁶ Also neben den geringen Leistungen mussten sowohl Frauen als auch Männer hohe Kaufkraftverluste bei diesen Leistungen zur Kenntnis nehmen.

Notstandshilfe

| Durchschnittlicher Tagessatz 2004 in Euro | Frauen | Männer |
|---|------------------------|------------------------|
| Arbeitslosengeld | 20,57 (617,10 monatl.) | 25,65 (769,50 monatl.) |
| Notstandshilfe | 16,02 (480,60 monatl.) | 20,42 (612,60 monatl.) |

Quelle: AMS Ö

Was hier sichtbar wird, ist, dass Transferarmut in unserem Sozialsystem ein typisches Merkmal darstellt. Transferarmut bedeutet, dass, wenn vorher wenig verdient wurde, auch die anschließende Leistung eine sehr geringe ist. Außerdem ist die Nettoersatzrate von 55 % beim Arbeitslosengeld auch im internationalen Vergleich eine sehr niedrige und dies in Zeiten der höchsten Arbeitslosigkeit in der 2. Republik!

„Transferarmut“

Bei Pensionsleistungen liegt der Ausgleichszulagenrichtsatz knapp unter der Armutsgrenze (2005: 662,99 Euro, 14 Mal pro Jahr), aber auch bei den Durchschnittspensionen im Dezember 2004 lagen Arbeiterinnen unter der Armutsgrenze. Nur Männer können hier derzeit noch eine deutlichere Absicherung erlangen. Vor allem PensionistInnenhaushalte zeigen,

wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat ist. Diese Haushalte sind fast ausschließlich von diesen Pensionsleistungen abhängig, was aber gleichzeitig bedeutet, dass Einschnitte hier enorme Verluste und Verarmungsrisiko bedeuten. Dies ist ein weiterer Grund, warum die in den letzten Jahren stattgefundenen Pensionsreformen, die zu massiven Einkommensverlusten für PensionistInnenhaushalte führten, auch im Sinne einer Armutsbekämpfung klar abzulehnen sind.

Durchschnittliche monatliche Alterspension gegliedert nach Pensionsversicherungsträgern und Geschlecht, Dezember 2004

| Pensionsversicherungsträger | Pensionen aus dem Versicherungsfall des Alters (14 x jährlich) in • | |
|-----------------------------|---|--------|
| | Männer | Frauen |
| PVA Arbeiter | 958 | 526 |
| PVA Angestellte | 1.616 | 944 |

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

„Statusarmut“

Ein weiteres Problem in unserem System ist die Statusarmut vor allem in der Arbeitslosenversicherung und in der Pensionsversicherung. Statusarmut heißt, dass nur ein Teil der Bevölkerung Zugang zu diesem Leistungssystem hat. Nicht alle Beschäftigten sind arbeitslosenpflichtversichert und daher im Falle der Arbeitslosigkeit nicht abgesichert. Bestimmte ArbeitnehmerInnengruppen sind ausgenommen. Dies gilt vor allem für die große Gruppe der atypisch Beschäftigten, sie zählen auch zu den armutsgefährdetsten Gruppen. Mehr als eine Million Menschen sind in Österreich atypisch beschäftigt und die Tendenz ist weiter steigend.⁷ Eine immer stärker zunehmende Gruppe ist die Gruppe der geringfügig Beschäftigten. Geringfügig Beschäftigte sind nur unfallversichert, wobei seit 1998 eine freiwillige Kranken- und Pensionsversicherung möglich ist. 2004 machten aber gerade 19 % der

geringfügig Beschäftigten von dieser freiwilligen Selbstversicherung Gebrauch.⁸ Für diese Gruppe ist es jedoch nicht möglich, in die Arbeitslosenversicherung zu optieren. Gleiches gilt für freie DienstnehmerInnen und neue Selbstständige, auch diese sind stark im Zunehmen und gleichzeitig gibt es für sie auch keine Möglichkeit, Zugang zur Arbeitslosenversicherung zu bekommen. Bei Ende dieser Dienstverhältnisse gibt es keinerlei Absicherung. Es ist dringend notwendig, auch diesen Menschen einen gänzlichen Schutz zu bieten.

5. Bedarfsorientierte Grundsicherung als Herausforderung für den modernen Sozialstaat

„Bei aller Dichte und Reichweite werden durch dessen Leistungssystem allerdings weder Ausgrenzung und Verarmungsgefährdung verhindert noch durch sozialstaatliche Sach- und Dienstleistungen bestehende Bedarfslagen ausreichend abgedeckt.“⁹ Das Konzept der bedarfsorientierten Grundsicherung löst unser derzeitiges sozialstaatliches System nicht ab, sondern ergänzt es lediglich und ist ein Modell, das innerhalb des Systems für eine Absicherung sorgen soll, die Armut einschränken soll. Einerseits sorgen die ausbezahlten Beträge für eine materielle Absicherung, gleichzeitig sind weiterhin ein Kampf um höhere Mindestlöhne, Maßnahmen zur Integration am Arbeitsmarkt, Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und öffentlichen Pflegeeinrichtungen, Einbindung aller erwerbstätigen Gruppen in die Arbeitslosenversicherung, eine Krankenversicherung für alle, barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen etc. Teil dieses Systems. Wichtig ist auch ein Umbau der Sozialhilfe zu einer armutsvermeidende Grundsicherung. Dies erfordert eine Umgestaltung der Sozialhilfe ohne Rückzahlungsverpflichtung, da sonst die Sozialhilfe lediglich einen Kredit darstellt und das Ausbrechen aus der Armut verhindert. Zusätzlich ist zu überlegen, wie nachvollziehbare Zuverdienstregelungen mit der Zielsetzung der Wiederintegration in den Arbeitsmarkt aussehen können unter dem Motto „Arbeit muss sich auszahlen“.

*bedarfsorientierte
Grundsicherung
ist Modell
innerhalb des
Systems*

*Kosten knapp
1 Mrd. Euro*

Vollen Versicherungsschutz für alle zu erreichen würde die generelle Pflichtversicherung für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse bedeuten, was auch die Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze beinhaltet, um allen Erwerbstätigen diesen Schutz bieten zu können. Die bedarfsorientierte Grundsicherung ist nicht etwas Unfinanzierbares, da sie im System lediglich die Leistungen auf ein armutssicherndes Niveau anhebt. Schätzungen zufolge würde die materielle Absicherung innerhalb der bedarfsorientierten Grundsicherung rund 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts, also knapp eine Milliarde Euro bedeuten.¹⁰ Hinzu kämen noch Kosten für den Ausbau des Zugangs zu Dienstleistungen.

Bedarfsorientierte Grundsicherung löst natürlich nicht alle Probleme. Da jeweils der Haushaltsbedarf erhoben wird, ist das individuelle Verarmungsrisiko vor allem für Frauen in Partnerschaften damit nicht behoben. Wichtige Schritte wären hier vor allem die Abschaffung der Partnereinkommensanrechnung in der Notstandshilfe und ein massiver Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen, um auch Frauen die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Erwerbsarbeitsmarkt zu erleichtern.

Weiter ist natürlich auch der Kampf für faire Arbeitsbedingungen zu führen, da dieses System ein erwerbszentriertes bleibt und daher die Bedingungen am Arbeitsmarkt für die materielle Absicherung, für die gesundheitlichen Verhältnisse und natürlich auch für die persönliche Zufriedenheit weiterhin sehr relevant sind. In diesem System bleibt weiterhin ein „Zwang zur Arbeit“ bestehen. Zu diskutieren sind daher Systeme, die Menschen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt motivieren, aber nicht durch Sanktionen und undurchschaubare Maßnahmen zur Statistikbereinigung demotivieren und krank machen.

Damit im Zusammenhang sind auch Finanzierungsfragen zu diskutieren, vor allem ist die Debatte zur Wertschöpfungsabgabe zu forcieren. Ziel muss in diesem reichen Land sein, Armut nicht als gegeben hinzunehmen, sondern Armut wirksam zu bekämpfen. Eine gewerkschaftsorientierte und solida-

rische Politik darf Armut nicht akzeptieren, muss für einen starken Sozialstaat kämpfen, in dem Menschen selbstbestimmt und sicher leben können – weil nicht nur Nestroy nicht arm sein möchte!

Anmerkungen:

- 1 <http://de.wikipedia.org/wiki/hayek>
- 2 Weidenholzer, J., Armut geht uns alle an, aus: Vortrag anlässlich des Sozialtages der Hypo-Landesbank am 5.10.2005
- 3 Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002
- 4 Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002
- 5 Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002
- 6 AMS Österreich und Berechnungen AK Wien
- 7 Österreichischer Gewerkschaftsbund, Das Verarmungsrisiko wächst – materielle Grundsicherung ist notwendiger denn je!, aus: Pressekonferenz, Wien 17.2.2005
- 8 Österreichischer Gewerkschaftsbund, Das Verarmungsrisiko wächst – materielle Grundsicherung ist notwendiger denn je!, aus: Pressekonferenz, Wien 17.2.2005
- 9 Tálos, E. (Hrsg.), Bedarfsorientierte Grundsicherung, Wien 2003, S. 231ff.
- 10 Tálos, E. (Hrsg.), Bedarfsorientierte Grundsicherung, Wien 2003, S. 227ff.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at